



Gorleben Rundschau

Herbstkampagne der BI

Demo in Lingen

29. Oktober

Weitere Infos: letzte Seite



Kommission

Die Anti-Atom-Szene hat in Berlin dargelegt, warum sie den Abschlussbericht der Endlagerkommission ablehnt – auf der Straße und in der Bundespressekonferenz.

Korruption

Eine Stiftung großer Industrieunternehmen könnte Stellungnahmen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zur Eignung Gorlebens beeinflusst haben.

Konfrontation

Zusammen mit seinem Umweltminister hat der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil im Wendland seine Sicht auf den Bericht der Endlagerkommission dargelegt.

Der Widerstand und die Wissenschaft

Kürzlich saßen wir vom „Gorleben Archiv“ mit Wissenschaftlern der Leibniz Universität Hannover zusammen – einem Historiker, einem Politologen und einem Pädagogen. Alle drei Experten für Demokratiedidaktik und politische Partizipation. Diskutiert wurden Fragen, die uns schon lange auf den Nägeln brennen: Wie schaffen wir es, über das reine Archivieren hinaus die wissenschaftliche Aufarbeitung des Gorleben-Konflikts voranzutreiben? Welche Konzepte brauchen wir, damit auch zukünftige Generationen aus dem „Fall Gorleben“ lernen können? Themen, die bei unseren Gesprächspartnern auf offene Ohren stießen. Für sie war klar: Der Gorleben-Widerstand ist eine der bedeutendsten sozialen Bewegungen der Nachkriegszeit und wichtiger Teil der bundesdeutschen Demokratiegeschichte. Gerne sei man deshalb bereit, mit dem „Gorleben Archiv“ zu kooperieren. Über das Interesse der Universitätsprofessoren haben wir uns natürlich gefreut. Gleichzeitig erreichen uns auch immer häufiger Anfragen von Studenten oder Doktoranden, die sich mit der Gorlebener Protestbewegung wissenschaftlich befassen. Geplant ist beispielsweise die archäologische Erforschung jenes Ortes, an dem einst das Hüttendorf der Freien Republik Wendland errichtet wurde. Die Uni Hamburg hat dafür sogar ein dreijähriges Promotionsstipendium gewährt. Stichwort „Zeitgeschichtliche Archäologie“ – ein Beitrag zur Erinnerungs- und Protestkultur. Die Ergebnisse der Grabung könne man später am Fundort auch der Öffentlichkeit präsentieren. Ein ungewöhnliches, aber – wie ich finde – zukunftsweisendes Projekt. Schließlich können wir die Nachwelt nur dann vor dem Atommüll schützen, wenn auch das Wissen darüber erhalten bleibt. Über 30 000 Generationen.

Gabi Haas
Journalistin





**Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg**

In der öffentlichen Wahrnehmung mögen Atomkraft und die alltägliche Bedrohung durch Radioaktivität derzeit nicht das drängendste politische Thema sein. Krieg, Flucht und Vertreibung, Bombenterror und Luftangriffe, die Bedrohung der offenen Gesellschaft und die gruselige Wiederkehr nationalistischer Beschränktheit, Brexit und die Zukunft Europas, der verrückte Mann am Bosphorus und die verstörende, staatliche Aufforderung zu Hamsterkäufen beunruhigen uns gerade sicherlich sehr berechtigt. Wie der Boden- und Bombenkrieg im Nahen Osten, vermag ein kurzes Ruckeln der Lithosphäre unseres Mutterplaneten alle unsere längerfristigen Sorgen und Nöte angesichts des aktuellen und konkreten Leids plötzlich und gründlich zu relativieren.

Mit etwas Abstand betrachtet könnte es aber unter diesen Entwicklungen und Ereignissen Querverweise geben, bei-

spielsweise die Atomkraft-Pläne Erdogans, der bis zum 100. Geburtstag der türkischen Republik vier neue Atomkraftwerke mit Unterstützung eines nuklear-nationalistischen Fonds seiner Bürger und mit Hilfe der russischen „Rosatom“ bauen und in kontaminierten Betrieb nehmen will – natürlich mitten in einer aktiven Erdbebenzone.

Und während uns noch die Simulation einer öffentlichen Debatte durch die Endlagerkommission in nuklearer Sicherheit wiegen soll, wird deutlich, dass auch über den deutschen Atomausstieg hinaus in Deutschland Uran angereichert und Brennelemente hergestellt werden sollen: für den Betrieb belgischer und französischer Pannenreaktoren inmitten geologisch störungsaktiver Zonen im Herzen Europas ... Auch wenn es zur allgemeinen Beschwichtigung nun vorerst keine Castortransporte nach Gorleben mehr geben wird: In den nächsten paar Jahren muss mit

über 20 Castoren auf dem Seeweg aus Sellafield und insgesamt mit rund 200 Castoren innerhalb Deutschlands gerechnet werden. Und für alle diese Transporte gilt exakt dasselbe, was auch im Wendland galt: An den Standorten werden Tatsachen geschaffen, während der endgültige Verbleib des Atommülls unverändert ungeklärt bleibt, in die Hände einiger Bundesbehörden gelegt und dem politischen Mächtenspiel preisgegeben wird.

Es beruhigt auch keineswegs, dass, während die Fässer der schwach- und mittelaktiven Abfälle durchrosten, die Genehmigungszeiten der Zwischenlager ebenso wie jene der Lagerbehälter in Kürze ablaufen werden. Wenn man sich dann aber auf die Suche nach den Verantwortlichen für diesen Irrsinn macht, wird man schnell feststellen: Wirkliche Verantwortung übernehmen stets nur diejenigen, die man wahrlich nicht für diesen skrupellosen Größenwahn verantwortlich machen kann.

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Jan Becker (jb), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk)

Gestaltung: Andreas Conradt



Druck: dieUmweltdruckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 5500, gedruckt auf
Recyclingpapier Circle Matt White

Weitere Infos, Leserbriefe und Feedback auf der Website:
www.gorleben-rundschau.de



**Gorleben Archiv
Unsere Geschichte**

Der Fotograf Günter Zint ist am 27. Juni 75 Jahre alt geworden. Von ihm, der trotz Besitz' des Presseausweises mehrere Kameras eingebüßt hat, stammt der bittere Ausspruch: „Es ist verdammt gefährlich, zu dokumentieren, wie der Staat für Ruhe und Ordnung sorgt.“

Als Volontär hat Zint bei dpa begonnen, war später Reporter bei der Quick, dann freier Fotograf in England und Schweden und arbeitete schließlich bei Spiegel und Stern. Gegründet hat Zint zudem eine „Gegen-Boulevardzeitung“ in Hamburg, die heute die „St. Pauli Nachrichten“ sind. In den Sechzigerjahren wurde Zint zum Zeitzeugen einer der spannendsten Phasen der Bundesrepublik. Er fotografierte die Großen der Musikszene, Politiker, die Menschen auf der Straße.

Ein Schwerpunkt in Günter Zints Arbeit war und ist der politisch-gesellschaftliche Konflikt um die Atomenergie. Seine Fotos dokumentieren den „Bürgerdialog“ um Atomkraft seit Anbeginn. Er war in Brokdorf, Grohnde, Gorleben und Malville dabei und ist bis heute auf den Spuren der Atomgegner geblieben.

Unter seinen zehn Lieblingsfotos ist auch das von Marianne Fritzen, die 1979 mit kritischem Blick vor einer Polizeikette steht. Weitere Millionen Fotos umfasst das Archiv seiner Firma „panfoto“. Zints Aufnahmen über den 40-jährigen Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben wurden von ihm 2014 an das „Gorleben Archiv“ in Lüchow übergeben.

Dort befinden sich noch weitere wertvolle Fotobestände von anderen, nicht so bekannten Fotografen, die die Gorleben Geschichte auf eindrucksvolle Weise dokumentieren. (bh)

**Gronau
Ehrenbürger Udo L.**

Anlässlich eines Besuchs von Udo Lindenberg in seiner Geburtsstadt Gronau hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz eine Mahnwache zu Ehren des Rockmusikers abgehalten. Der bekennende Atomkraftgegner wurde Ende April zum Ehrenbürger Gronaus erklärt.

In der westfälischen Stadt befindet sich die einzige Uran-

anreicherungsanlage in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzung um Bau und Betrieb der umstrittenen Anlage begann etwa zeitgleich mit dem Karrierebeginn von Udo Lindenberg in den 70er Jahren. 1986, wenige Wochen nach der Tschernobyl-Katastrophe, sang er gegen den Bau der Atommüllfabrik (WAA) in Wackersdorf beim Anti-WAAhnsinnsfestival in Burglengenfeld vor weit über 100 000 Menschen. (pm)



**Gorleben
Ein Baum für Marianne**

Im Rahmen eines Sonder-Gottesdienstes an den Atomanlagen hat die ökumenische Initiative Gorleben Gebet Mitte Mai einen Baum zu Ehren der kurz zuvor verstorbenen Marianne Fritzen gepflanzt. Fritzen war Mitgründerin der BI Lüchow-Dannenberg und zudem im Gorleben Archiv ebenso engagiert wie beim allsonntäglich stattfindenden Gorleben Gebet. (ac)



**Frankreich
Baustopp in Bure**

Ein französisches Gericht hat Anfang August die Bauarbeiten der Nationalagentur zur Entsorgung von Atommüll ANDRA für das französische Endlager-Projekt CIGÉO im Wald von Mandres-en-Barrois bei Bure für illegal erklärt und gestoppt. Grund: Weder liegt eine Baugenehmigung vor noch wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Die Klage diverser Umweltgruppen und Anwohner/-innen war damit erfolgreich! Umweltaktivistin Cécile Lecomte: „Ob Demonstrationen, Besetzungen des Waldes oder Klagen: Die Aktionen der Atomkraftgegner/-innen haben zu diesem Etappensieg geführt. Es wurde Öffentlichkeit geschaffen, die Arbeiten verlangsamt und schließlich ein Baustopp vor Gericht erreicht.“ Es sei allerdings damit zu rechnen, dass die ANDRA die fehlenden Genehmigungen nachträglich einholt. (gr)

Endlagerung Neue Behördenstruktur

Während der Sommerpause hat die Bundespolitik eine Neuordnung der Organisationsstruktur im Endlagerbereich vorgenommen. Zur Gewährleistung einer eindeutigen Zuordnung von Zuständigkeiten und einer effizienten Aufgabenerledigung werden alle Betriebsführungsaufgaben in der neugegründeten, bundeseigenen privatrechtlichen Gesellschaft, der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), zusammengeführt. Die BGE übernimmt damit sämtliche Aufgaben bei der Planung, der Errichtung, dem Betrieb und der Stilllegung von Endlagern, die bisher vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als Betreiber und der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) sowie der Asse GmbH als Verwaltungshelfer durchgeführt wurden. Dies gilt auch für die bisherigen Aufgaben des BfS als Vorhabenträger nach dem Standortauswahlgesetz. Zu Geschäftsführer/-innen wurden

Ursula Heinen-Esser, Dr. Ewold Seeba und Prof. Dr. Albert Lennartz bestellt.

Auf behördlicher Seite sollen die staatlichen Genehmigungs- und Aufsichtsaufgaben des Bundes in den Bereichen Endlagerung, Zwischenlagerung und der Transporte von radioaktiven Abfällen im Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) konzentriert werden. Zum neuen Präsidenten des BfE wurde Wolfram König, bisher Chef des BfS, berufen.

Das Bundesamt für Strahlenschutz wird als eigenständige Bundesoberbehörde erhalten und sich ausschließlich auf die vielfältigen Fragen des Strahlenschutzes konzentrieren können. Diese standen in der öffentlichen Wahrnehmung in der Vergangenheit häufig im Schatten der Entsorgungsfragen. Zu den Aufgaben gehören der nukleare Notfallschutz, Genehmigungen in der Forschung, der Mobilfunk, der UV-Schutz oder auch Messnetze zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt. (pm)



Sachsen-Anhalt Geheimes Zwischenlager

Der Energieversorger GdF Suez (Gas de France) betreibt in Steinitz bei Salzwedel ein unbekanntes Zwischenlager für radioaktive Abfälle. Neben zwei großen Erdgasreinigungsstationen liegt dort versteckt im Wald eine Rohrreinigungsanlage. GdF Suez bezeichnet sie unverfänglich als „Lager- und Reinigungsplatz Steinitz“. Dort werden Erdgasförderrohre, Feldleitungen

und Armaturen von so genannten Scales (innen liegenden Verkrustungen) gereinigt. Neben Schwermetallen enthalten die Scales strahlende Stoffe, vor allem Radium und radioaktives Blei. Etwa 500 bis 1000 Rohre sowie diverse Armaturen werden in Steinitz im Freien gelagert. Während Lastwagen, die das Lager regelmäßig anfahren, mit Warnschildern versehen sind, wird an der Anlage selbst nicht auf Strahlung hingewiesen. (gr)



BI-Büro Aktion und Politik

„Auf nach Berlin!“, hieß es Anfang Juli für die Wendländer/-innen. Die so genannte Endlager-Kommission stellte ihren Bericht in der Bundespressekonferenz vor, und das bot der BI Anlass, dort ebenfalls vorstellig zu werden. Im Aktionsbündnis mit ‚ausgestrahlt, der AG Schacht Konrad, Anti Atom Berlin und der Bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg gelang nicht nur auf der Straße ein lautstarker und schwergewichtiger Kommentar des Berichts, auch in einer eigenen Konferenz konnte die Anti-Atom-Szene den Medien ihre Sicht auf den Abschlussbericht darlegen. Ob Traktoren oder die über 100 Seiten starke Niederschrift zur Ablehnung des Kommissionsberichts: Wir hatten an dem Tag gewichtige Argumente im Gepäck.

Diesen Schwung aus Berlin konnte die BI mitnehmen zum 350. Sonntagsspaziergang an den Gorlebener Atomanlagen am 10. Juli: Knapp 200 Menschen verfolgten die Kundgebung und ließen sich einstimmen auf kommende Aktivitäten.

Eine solche soll im Herbst eine große Demo in Lingen sein. Vorstandsmitglied Anja Meyer auf der Landespressekonferenz zur Vorstellung eines Gutachtens gegen die dortige Brennelementfabrik: „Wir werden keine Ruhe geben, solange Atomanlagen in Betrieb sind!“

Den Abschluss der „Sommerpause“ bildete der Besuch des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) und seines grünen Umweltministers Stefan Wenzel. In wendländischer Atmosphäre im Gasthaus Wiese in Gedelitz und damit unweit der Gorlebener Atomanlagen nahmen die Politiker Stellung zur Kommissionsarbeit und zu deren Abschlussbericht. (tk)

In einem wirklich fairen Verfahren, das auf rein wissenschaftlichen Kriterien basiert, wird Gorleben ausscheiden. Man wird feststellen, dass es besser geeignete Standorte gibt.

Für mich ist Gorleben verbrannt.

Geologe Ulrich Kleemann in der Rhein Zeitung



...mission am Ende.
Konflikte aufgelöst!

Arbeitsgemeinschaft
Schicht KONRAD
ausgestrahlt

...KRAFT?
...MEI...

SOL LE...
...KRAFT?
...MEI...

...KRAFT?
...MEI...

Krach gemacht

Heftige Kritik am Kommissionsbericht

Protest Zur Vorstellung des Abschlussberichts der so genannten Endlagerkommission reisten Wendländer/-innen im Blaumann und im Jackett nach Berlin. In abgestimmter Choreographie protestierten sie gemeinsam gegen die Fehlentwicklung der angeblich neuen Suche nach einem Atommülllager. **Andreas Conradt** berichtet.



Gedröhn schwerer Dieselmotoren, Zischen von Hydraulikbremsen, Vibrieren des Asphalts im Regierungsviertel: Wenn Wendländer/-innen in Berlin demonstrieren, geht es schon mal handfest zu. Grund für das martialische Auftreten am 5. Juli war die Übergabe des Abschlussberichts der so genannten Endlagerkommission an den Bundestagspräsidenten und die Vorstellung des Berichts vor den Medien. So war der Platz des Protests auch wohlüberlegt – auf halber Strecke zwischen Bundespressekonferenz (BPK) und Reichstag. Aus der Anti-Atomkraft-Bewegung gab es von Anfang an massive Zweifel an der Ernsthaftigkeit des „Neubeginns“ bei der Endlagersuche, in Berlin nun richtete sich die Kritik gegen den Abschlussbericht. Zu einer Protestaktion reiste darum auch eine Delegation der Bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg mit zwölf Traktoren an und fuhr im Konvoi durch das Regierungsviertel zwischen Reichstag und Kanzleramt.

» Rabatz und Fachliches

Gebannte Stille im Saal, fundierte Analysen, Schulterchluss auf dem Podium: Wenn Atomkraftgegner/-innen in Berlin informieren, geht es meist fachlich präzise zu. Parallel zu der bunten Demonstration auf der Straße und im Anschluss an die Vorsitzenden der so genannten Endlagerkommission präsentierten die Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ und der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD ihre fundamentale Ablehnung des „neuen“ Verfahrens und des Abschlussberichts: „Die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe ist gescheitert.“ Nicht



Wenn kein Kriterium Gorleben ausschließen darf, so begünstigt dies eine Entscheidung für Gorleben

weniger als ein „belastbarer nationaler Lösungsansatz“ für die möglichst sichere Lagerung radioaktiver Abfälle sollte von der Kommission in den vergangenen zwei Jahren gefunden und ein „breiter gesellschaftlicher Diskurs“ organisiert werden.

Nun, so sieht es die Anti-Atom-Bewegung, steht man vor einem Scherbenhaufen: Der einzige Umweltverband, der sich an der Kommission beteiligt hat, lehnt den Bericht ab, der breite gesellschaftliche Diskurs fiel wegen Zeitproblemen aus, und die Bundesländer Bayern und Sachsen kündigten vorsorglich ihren Widerstand gegen die Untersuchung kristalliner Gesteinsformationen an.

„Das Verhalten von Bayern und Sachsen spricht eine klare Sprache: Am Ende des angeblichen Suchprozesses soll Gorleben stehen,“ erklärte Martin Donat, Vorsitzender der BI Lüchow-Dannenberg in Berlin. Dies zeige sich auch bei der Erstellung der angeblich wissenschaftlich-objektiven Kriterien in der Kommission. Hier sei die Hürde aufgestellt worden, dass kein Kriterium zu einem automatischen Ausschluss des Salzstockes Gorleben führen dürfe. Martin Donat: „Damit wurde jedoch die Monstranz der Ergebnisoffenheit, die die Kommission vor sich hergetragen hat, genau in ihr Gegenteil verkehrt. Wenn kein Kriterium Gorleben ausschließen darf, so begünstigen sie eine letztendliche Standortentscheidung für Gorleben.“ Thomas Erbe, Vorstand der AG Schacht KONRAD, betrachtete den Bericht noch aus einem anderen Blickwinkel: „Wir haben immer gefordert, dass ein Neuanfang der Debatte um Atommüll alle Arten radioaktiver Abfälle einbeziehen müsse, und



Abschlussbericht Online kommentieren

Bürger/-innen können ihre Meinung zum Abschlussbericht der Endlagerkommission äußern. Unter der Adresse www.endlagerbericht.de können sie bis zum 11. September 2016 den Bericht kommentieren. Die Ergebnisse werden am 28. September vom Umweltausschuss des Deutschen Bundestages gemeinsam mit den ehemaligen Mitgliedern der Endlagerkommission beraten. Auf diese Weise sollen die Kommentare und Anregungen bei der Novellierung des Standortauswahlgesetzes Berücksichtigung finden.

Stellungnahmen Online einsehen

Der Abschlussbericht der so genannten Endlagerkommission ist inzwischen von vielen Parteien, Umweltorganisationen, Verbänden und anderen Gruppierungen kommentiert und bewertet worden. Die GR-Redaktion hat dazu unter www.gorleben-rundschau.de/kommissionsbericht eine Sammlung der Aussagen zusammengestellt.

Erwiderung Die Position der BI

Umfangreiche Analysen plus die wichtigsten Dokumente und Positionen aus drei Jahren Auseinandersetzung um Endlagersuchgesetz und Kommission bündelt ein 130-seitiger Reader, den die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zusammen mit anderen Anti-Atom-Gruppen herausgegeben hat. Er ist im BI-Büro erhältlich und steht auch auf der Website der BI zum Download bereit.

die Realität hat uns Recht gegeben.“ Politik und Kommission hätten dies mit dem Hinweis auf das planfestgestellte Atommülllager Schacht KONRAD verweigert. Doch im Zuge der Erstellung des Nationalen Entsorgungsprogramms sei klar geworden, dass das Zwei-Endlager-Konzept (Schacht KONRAD plus einen Standort für insbesondere hoch radioaktive Abfälle) nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Thomas Erbe: „Die Kommission hat einfach die Scheuklappen aufgelassen. Das ist aber weder politisch noch wissenschaftlich vernünftig. Solange es keine Entscheidung über das Konzept für die Lagerung aller Arten radioaktiver Abfälle gibt, macht eine Standortsuche für einen Teil der Abfälle keinen Sinn.“

„Nach den Plänen der Kommission werden die betroffenen Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig keine Mitbestimmungsrechte haben. Die vorgeschlagenen Beteiligungs-Formate sind Sandkastenspiele ohne tatsächliche Ergebniswirksamkeit. So provoziert man Protest, so organisiert man die Eskalation von Konflikten“, erklärte Jochen Stay von .ausgestrahlt. „Die Kommission hat aus der Geschichte von Gorleben nichts gelernt. Der angekündigte Neustart ist in Wahrheit ein Griff in die Trickkiste der Vergangenheit. Bürgerbeteiligung wird versprochen, ohne sie wirklich zu wollen und zu organisieren.“

Schon eine Woche vor der Präsentation des Berichts hatte sich Greenpeace' Atom-Experte Tobias Münchmeyer zu Wort gemeldet: „Der Endbericht ist kontaminiert durch ein Wort: Gorleben. Unser Verdacht, dass ein wirklicher Neuanfang in der Atommüll-Frage

nur durch einen Ausschluss des gescheiterten Standortes Gorleben möglich ist, hat sich bewahrt. Eine weiße Landkarte gab es nie. Der Kommissionsbericht steckt dementsprechend voller Vorfestlegungen und sieht lediglich eine Simulation der Öffentlichkeitsbeteiligung vor – anstatt die Menschen wirklich an den Entscheidungen zu beteiligen.

» Nicht ohne Mistprache

Handfesters als die „Behörde Greenpeace“ drückten es die Aktivistinnen und Aktivisten vom CASTOR-Widerstand Neckarwestheim aus: „Beim Thema Atommüll und Endlagersuche gibt es seit 2013 eine einmalige politische Situation in der Bundesrepublik: Wir haben eine All-Parteien-Koalition ohne Opposition! Die Grünen mischen dabei Seite an Seite mit der CDU an vorderster Stelle mit. Das Thema AKW-Betrieb und die unlösbare Frage der Gesundheitsgefährdung durch den hochradioaktiven Atommüll soll aus der öffentlichen Wahrnehmung und aus allen Wahlkämpfen herausgehalten werden. Die bundesweite Anti-AKW-Bewegung fordert nach wie vor den Stopp der Atommüllproduktion.“

Nach Abschluss der Kommissionsarbeit kann es also jetzt nicht schon um die Auswahl eines oder mehrerer neuer Standorte gehen, sondern zunächst um den Beginn einer offenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den sicheren Umgang mit Atommüll und dessen einstweilig letzten Verbleib. Dies geht aber sicherlich nicht ohne entscheidungsrelevante Rechte der Bevölkerung.

Kommentar Manch interessierter Bürger hat sicher die ersten Sitzungen der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß §3 Standortauswahlgesetz“ des Bundestages per Videostream verfolgt, andere gar den Treffen des Gremiums in Berlin beigewohnt. Viele bunte Bilder sind so entstanden, die als „Öffentlichkeitsbeteiligung“ und „Transparenz“ verkauft wurden. Doch der „einfache Bürger“ erstickte schnell an den Informationsbergen und Detaildebatten. Jan Becker überlegt, wie's jetzt weitergehen könnte.

Nun hat die Kommission ihre Arbeit beendet. Über Gorleben wurde zwar ab und an gesprochen – doch die Entscheidung, den Standort von der „weißen Landkarte“ zu streichen, fehlt bis heute. Es ist auch nach dieser Kommission alles beim Alten: Die einen sind für Gorleben und bestreiten alle Kritik, die anderen unterstreichen die geologischen Mängel und die Standortwahl nach politischem Kalkül. Es gibt (zunächst?) gesetzlich zugesichert keine Castortransporte in das Zwischenlager in Gorleben mehr. Und bestimmt wird in einigen Jahrzehnten auch über andere mögliche Lagerorte für den Strahlenmüll als das Wendland diskutiert werden. Ein bisschen Empörungspotential bleibt indes. Spannend wird es beispielsweise, wenn der Bundestag das Standortauswahlgesetz auf Grundlage der Empfehlungen der Atommüll-Kommission evaluiert: Bleibt es dabei, dass keine Gesteinsart bei der künftigen Suche ausgeschlossen wird? Oder setzen sich einige Bundesländer durch und klammern ihre Böden für die Zukunft von vornherein aus? Ein so genanntes „Nationales Begleitgremium“ soll zudem die Arbeit des neu erschaffenen „Bundesamts für kerntechnische Entsorgung“ (BfE) begleiten, das mit der Prüfung von Standorten und Kriterien beauftragt wird. Doch dieses Gremium, dem Zufallsbürger/-innen angehören sollen, bekommt nur eine Wächterfunktion. Alle weiteren Entscheidungen fallen andere – alles beim Alten also.

Bedenklich ist zudem ein weiterer Aspekt: In den letzten zwei Jahren wurde immer deutlicher, dass das von den AKW-Betreibern zurückgelegte Geld für die Atommülllagerung nicht ausreichen wird. Auch wenn dann der Bund draufzahlt, wird die Politik sich an der „günstigsten Lösung“ orientieren – und eben nicht an einer, die doch „so sicher wie irgendwie möglich“ sein sollte.

» Es braucht langen Atem

Auch wenn die Euphorie einer tatsächlichen Veränderung am Anfang der Atommüll-Kommission schnell verpuffte, hat die Bundesregierung eines erreicht: Das Wendland hat seit zwei Jahren mehr oder weniger die Füße still gehalten. Der Widerstand hat sich – mal abgesehen von einigen größeren Aktionen wie zur Kulturellen Landpartie – auf seine

stetige Basisarbeit zurückgezogen. Das ist nicht unbedingt schlecht, auch wenn die viele Arbeit in den letzten zwei Jahren auf wenige Schultern verteilt war und sich nicht auf der Straße vor den Atomanlagen abspielte. Diese Basisarbeit sorgt dafür, dass die Gorleben-Gegner am Ball bleiben können und handlungsfähig sind,

sobald die Befürworter mit einer neuen oder alten Überraschung kommen.

Doch die Ruhe ist trügerisch, denn erstmal bleibt an Gorleben weiterhin alles kleben. Der hochradioaktive Atom-müll steht im Zwischenlager, zahlreiche schwach und mittel aktive Transporte rollen durch den Landkreis in das Fasslager, und das endgültige Aus für die „Pilotkonditionierungsanlage“ lässt weiter auf sich warten. In der Zwischenzeit rosten die Atommüllfässer, und die Genehmigungen für den Betrieb der Zwischenlagerhalle und die Nutzung der Castor-Behälter werden ablaufen. Es bleibt die Hoffnung, dass kein schwerer Unfall passiert.

» Protest ist wichtiger Faktor

Nach fast 40 Jahren Protest und Widerstand im Wendland beweisen auch die letzten zwei Jahre, dass der stete Druck von der Straße ein, vielleicht sogar *der* entschei-

dende Faktor ist, von dem die Entscheidungen für oder gegen einen Atommülllager-Standort abhängen. Und es geht jetzt um mehr: Die letzten der acht Atomkraftwerke werden nach derzeitiger Gesetzeslage erst 2022 vom Netz gehen. Die Betriebsgenehmigungen der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau und die Brennelementefertigung im emsländischen Lingen sind unbefristet – von Deutschland aus wird rechnerisch jedes zehnte AKW in der Welt mit Brennstoff versorgt. Alle Anlage lassen den radioaktiven Müllberg stetig wachsen. Der Atomausstieg lässt sich beschleunigen, die Anti-Atom-Bewegung muss es aber mit Nachdruck einfordern!

Im kommenden Jahr wird der Widerstand sein 40-jähriges Bestehen feiern. Grund genug für eine Bilanz und für Pläne, wie die Anti-Atom-Szene die nächsten und voraussichtlich eher ruhigeren Jahre kraftvoll und gemeinsam überbrücken kann. Möglicherweise ist die Basisarbeit nicht so spannend wie ein Betonklotz im Gleisbett. Doch an erster Stelle stehen jetzt gut aufbereitete, kritische Informationen auf allen Kanälen und die gesicherte Handlungsfähigkeit des Widerstands.





Jörg Sommer

Stellungnahmen Es ist geschafft! Die so genannte Endlagerkommission hat Bundestagspräsident Norbert Lammert Anfang Juli nach zweijährigen Beratungen ihre Empfehlungen für die weitere Endlagersuche vorgelegt. Zuvor, in der Nacht vom 27. auf den 28. Juni, hatte die von Bundestag und Bundesrat vor zwei Jahren eingesetzte Endlagerkommission mit großer Mehrheit ihren Abschlussbericht beschlossen. Und obwohl beide aus der Anti-Atom-Bewegung stammen, bewerten **Jörg Sommer**, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Umweltstiftung, und **Wolfgang Ehmke**, Pressesprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Verfahren und Ergebnis ganz unterschiedlich. Das Beibehalten des Standorts Gorleben bedauern zwar beide, die Bewertung dieses Umstands fällt aber doch wieder konträr aus.

» Als eines der 16 stimmberechtigten Kommissionsmitglieder stimmte ich dem Bericht nach zähem Ringen um letzte strittige Punkte schließlich zu. Denn das von der Kommission erarbeitet neue Suchverfahren ist zwar nicht perfekt, setzt aber auf die richtigen Schwerpunkte: Ohne Vorfestlegungen, auf Basis transparenter und wissenschaftlich fundierter Kriterien sowie mit umfangreichen Elementen der Bürgerbeteiligung ausgestattet kann dieses unter zeitlichen, finanziellen und sicherheitsrelevanten Aspekten historisch außergewöhnliche Projekt gelingen. Auch deshalb, weil wir im Bereich der Partizipation weit über alles bisher Übliche hinausgehen. Zentral wird die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle von einem Nationa-

„
Das neue Suchverfahren setzt auf die richtigen Schwerpunkte

Jörg Sommer

len Begleitgremium überwacht, dem neben unabhängigen Persönlichkeiten auch Zufallsbürger und Vertreter der jungen Generation angehören. In den möglicherweise betroffenen Regionen sind für alle Bürger offene Regionalkonferenzen mit starken Nachprüfrechten vorgesehen. Ein unabhängiger Partizipationsbeauftragter wacht über einen fairen Umgang mit entstehenden Konflikten.

Das neue Suchverfahren hat aus dem gesellschaftlichen Großkonflikt um die Atomenergie gelernt und den Weg aus der Sackgasse Gorleben gefunden. Die Suche beginnt neu, transparent und ergebnisoffen.

Ich habe, ebenso wie einige Anti-Atom-Initiativen, stets dafür plädiert, Gorleben nach den historischen Fehlern aus dem Verfahren zu nehmen, die Kom-

mission wollte dieser Position jedoch mehrheitlich nicht folgen. Dennoch sehe ich das entspannt: Gorleben ist politisch verbrannt und auch unter Sicherheitsaspekten ungeeignet. Der Standort war politisch festgelegt und nie in einem vergleichenden Verfahren untersucht worden. Im neuen, vergleichenden Verfahren wird er als potenzieller Standort keinen Bestand haben.

Ich hoffe auf eine aktive, kritische Begleitung des neuen Suchverfahrens gerade aus dem Kreis der Anti-Atom-Initiativen. Denn wir brauchen den kritischen Blick der Anti-Atom-Bewegung auch im neuen Verfahren. Wir haben darin starke Mitwirkungsrechte geschaffen. Diese gilt es nun im Sinne des maximalen Schutzes von Menschen und Umwelt auch konsequent und verantwortlich zu nutzen.

Contra

Was für die Mitarbeit
in Gremien spricht.
Und was dagegen



Wolfgang Ehmke

» Satte 628 Seiten lang, und für uns die Erkenntnis: Es bleibt ein fauler Kompromiss, die Gorleben-Frage spaltete die Kommission, und das Ringen um die „Lösung“, wie mit dem Atommüll umgegangen werden soll, bleibt eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses. Was die Politiker/-innen aller Couleure nun aus dem Bericht machen, das wissen wir nicht. Wir empfehlen die 130 Seiten Replik unter anderem von den Anti-Atom-Organisationen .ausgestrahlt, der AG Schacht Konrad und der BI Lüchow-Danenberg.

Endlich ist jetzt Schluss mit der Lektüre der vielen Drucksachen, bei denen – das gestehe ich ein – ab und zu die Hoffnung aufkeimte, die Kommission könne sich zum bisherigen Standort Gorleben klar positionieren. Oder sie würde bei der Debatte um geologische Kriterien glasklar formulieren, dass die Sicherheit, die Suche nach einem „bestmöglichen Endlager“ Vorrang vor politischem Opportunismus, vor allem dem Länderegoismus habe. Dieses unsäglich Mitfiebern um die Frage, ob ein notwendiges,

Wasser abschirmendes Deckgebirge über dem sogenannten „einschlusswirksamen Gebirgsbereich“ notwendig ist oder nur ein Abwägungskriterium ...

Endlich keine „Dienstreisen“ mehr nach Berlin, um von der Empore hilflos mitzuerleben, wie dort mit Tunnelblick und großem Zeitdruck eben kein „Neuanfang“ der Endlagersuche stattfand, sondern allein tiefengeologische Lagerkonzepte favorisiert wurden. Und endlich ist Schluss mit dem Gucken des Life-Streams der Debatten, die am Ende nur noch unseren Herrn K. inspirierten, Glossen zu verfassen.

Eines, das muss man den Akteuren in Berlin zugestehen, ist ihnen phasenweise wirklich gelungen: Der Fokus war auf Berlin und nicht mehr auf die Standorte gerichtet. Das war auch so gewollt. Die Berliner Debatte sollte der „Straße“ die Aufmerksamkeit abgraben. Endlich also kann sich „die Straße“ wieder regen und einmischen. Dass die Bereitschaft dazu nicht einschloß, war eines unserer Hauptanliegen der letzten zwei Jahre. Da kamen zweimal rund 8000 Men-

Das Ringen um die Lösung des Atommüllproblems bleibt eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses

Wolfgang Ehmke

schen während der Kulturellen Landpartie, um an den hiesigen Atomanlagen zu feiern und zu demonstrieren. Auch die Menschen, die sich gleich nach der Übergabe des Endlagerberichts zum 350. Sonntagsspaziergang in Gorleben einfanden, machten klar, dass sie sich nicht einlullen ließen.

Endlich! Der Fokus ist jetzt auf die Energiepolitik insgesamt gerichtet, mit vielen Anlässen, sich „auf der Straße“ Gehör zu verschaffen.

Für den Klimaschutz, gegen die Atomkraftnutzung. Die Deckelung der Regenerativen Energien soll die Idee der dezentralen Energieversorgung in Bürger/-innen-Hand unterlaufen.

Gerungen wird um den Abbau der Braunkohle in diesem Land. Gerungen wird um den Sofortausstieg aus der Atomkraft. Schluss mit dem unbefristeten Dauerbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen. Und ab 2017 kann es wieder heißen: Castor stopp! Die Menschen in Ahaus warten schon auf die Busse aus dem Wendland.

„ ... durch konkrete Erfahrung

Aufarbeitung Pastor Eckart Kruse und Geologe Egbert de Beyer leben beide im Wendland und sind, auf ganz unterschiedliche Weise, beruflich mit dem Thema

Wenn der niederländische Wahlwendländer Egbert de Beyer über die Geologie eines möglichen Endlagers redet, weiß er in der Regel, wovon er spricht. Damit unterscheidet er sich von der Mehrzahl der Abnickler, die in die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ geschickt wurden. Diese war aber zugleich gezielt von einigen wenigen Personen durchgesetzt, die Ahnung von der Materie haben und denen es durch die herbeigeführte Konstellation möglich und vorgegeben war, den Abschlussbericht in politisch gewollte Bahnen zu lenken. Grund genug für de Beyer, sich die Arbeit der Arbeitsgruppe Kriterien (AG3) der Kommission mal aus wissenschaftlicher Sicht vorzunehmen und zu analysieren, was dort verbockt und verbogen wurde. Schließlich hatte er schon in seiner Diplomarbeit in den 70er Jahren das Absaufen der Asse vorhergesagt.

So kritisiert der Bergbauingenieur weniger die politische Zusammensetzung der Kommission, als ihre wissenschaftliche Inkompetenz und auch ihre Unfähigkeit, auf Stand von Wissenschaft, Forschung und Technik einzugehen. Das führe zu unprofessionellem Vorgehen, wie auch schon die erste Einordnung in drei Kategorien unterschiedlicher Entsorgungsmöglichkeiten in der AG3 zeige. Deklariert man diese um in verschiedene Sicherheitsstufen, wird dieses deutlich: Fiele die Entscheidung am Ende auf den immer noch nicht ausgeschlossenen Standort Gorleben, hieße das nämlich, die Auswahl der unsichersten Formation (Salzstock) aus einer wenig sicheren Gesteinsart (Salz) innerhalb einer sehr unsicheren Lagerungsart (Bergwerk, und zwar ‚in‘ und nicht ‚unter‘ scheinbar dichtem Ton oder Salz). Das läuft dem Ziel der Kommission diametral entgegen!

De Beyer hat sämtliche Bezüge zu Gorleben aus dem sehr umfassenden Kri-

terienkatalog des Abschlussberichtes benannt. Er beinhaltet unzählige Unterpunkte wie die seismische Aktivität, Gebirgsdurchlässigkeit oder Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs (ewG) inklusive der Anforderungen, die an diese Kriterien gestellt werden. Bezüglich des ewG wird dort beispielsweise eine Mächtigkeit von mindestens 100 Metern gefordert. Wer dahinter fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse vermutet, wird empört sein, zu hören, dass ein ausreichend großes Einlagerungsfeld den räumlich begrenzten Gorlebener Salzstock bis 50 Meter an seine Grenzen ausnutzen müsste. 50 Meter rechts und 50 Meter links entsprechen nach dieser Definition einer Mächtigkeit von 100 Metern ...

Schließlich wird von de Beyer dargelegt, wie die Kommission während der zwei Jahre ihrer Arbeit gezielt an wissenschaftlichen Erkenntnissen, Einflüssen von außen in Form einer Bürgerbeteiligung und anderen unerwünschten Tatsachen vorbeimanövriert hat. Der Niederländer hat selbst einen wissenschaftlichen Vortrag in einem der öffentlichen Workshops gehalten und musste erfahren, wie wenig die Inhalte in die Kommission eingedrungen sind und wie dies ganz unverhohlen bewirkt wurde.

Sein Kommentar zum Abschlussbericht ist von anschaulichen Beispielen und wissenschaftlichen Details durchdrungen und immer wieder mit Links zu den entsprechenden Audio-Mitschnitten der Kommission versehen.

Wissenschaftliche Kritik am Abschlussbericht der Kommission spielt in der Stellungnahme des evangelischen Kirchenkreises Lüchow-Dannenberg naturgemäß nur eine untergeordnete Rolle. Seit 1990 habe die Kirche regelmäßig Forderungen nach Transparenz im Verfahren, den Kriterien, einer alternativen Standortsuche und einer wirklichen Beteiligung der Öffentlichkeit aufgestellt. Solchen Fragen sei zwar auch die Endlagerkommission nachgegangen,



ng gescheiterter Standort“

Gorleben befasst. Beide lehnen den Abschlussbericht der so genannten Endlagerkommission ab. Einen Überblick über die Gründe geben Henrik Stern und Andreas Conradt.

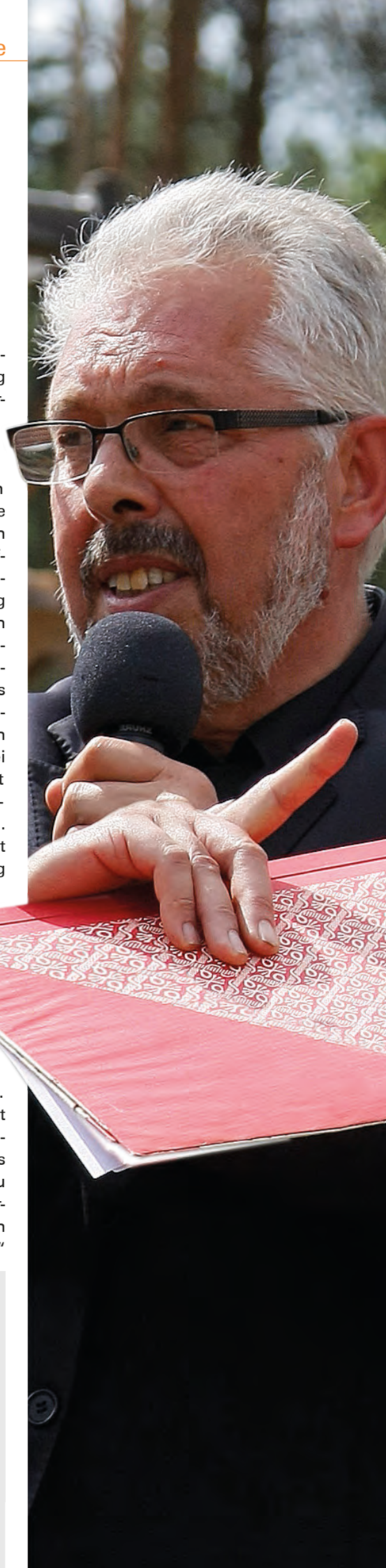
doch der Abschlussbericht gebe darauf Antworten, die der Kirchenkreis nicht mittragen könne. „Schon gar nicht sind sie geeignet, das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen. Daher sind wir in Übereinstimmung mit den im Schulterschluss vereinten kritischen Menschen des Wendlandes“, heißt es in dem Papier.

Mit einer provokanten Aussage wird dabei Landesbischof Ralf Meister zitiert. Vor der Hannoverschen Landessynode sagte er im Mai: „Transparenz schafft kein Vertrauen.“ Das klingt zunächst irritierend, doch in den Forderungen der evangelischen Kirche in Bezug auf die Qualität des Dialoges geht es um die Freiheit im geschützten Raum, mit dem Ziel, „Transparenz im Verfahren“ herzustellen, nicht um „gläserne Kommunikation“, bei der jedes gesprochene Wort auf die Waagschale gelegt werden muss und Vorüberlegungen nicht weiterentwickelt oder revidiert werden können. Diese „Transparenz im Verfahren“ spricht der Kirchenkreis der Kommission und dem Abschlussbericht ab und führt als Beispiel erneut die rein politisch motivierte Benennung des Standorts Gorleben im Jahr 1977 und die mehrfache Anpassung von Sicherheitskriterien an im Wendland vorgefundene Gegebenheiten an: „Es muss nachvollziehbar sein, warum sich die Kriterien verändern. Es können wissenschaftliche Gründe sein. Es kann aber auch sein, dass man eine politische Vorgabe macht, ein bestimmter Standort (wie etwa Gorleben, aber das kann künftig auch jeder andere Standort sein!) dürfe nicht aufgegeben werden. Und wenn die Kriterien nicht zu diesem Standort passen, werden die Kriterien geändert, nicht etwa der Standort aufgegeben. Dieses letztere völlig ungeeignete Verfahren haben die Menschen am Standort Gorleben hinnehmen müssen.“ Dabei teilt die Kirche die Auffassung, dass man den Standort Gorleben nicht aus politischen Gründen herausnehmen kann. Doch die in dem Bericht vorgelegte wissenschaftlich nachvollziehbare Aufarbeitung der Entwicklungen am Standort Gorleben begründe eben keine politisch, sondern eine sozialwissenschaftlich und

geisteswissenschaftlich fundierte Ablehnung eines durch konkrete Erfahrung gescheiterten Standortes. Ob dieser Gorleben heiße oder einen anderen Namen trüge, sei dabei gleichgültig. „Mit solch einer Geschichte lässt sich kein Vertrauen mehr herstellen. Das gilt für jeden beliebigen Ort in Deutschland. Auch die Endlagerkommission hat aus politischen Gründen den Standort Gorleben aufrechterhalten.“ Eine sozial- und geisteswissenschaftlich begründete Beendigung Gorlebens hätte die Kommission davon befreit, Kriterien an politischen Vorentscheidungen ausrichten zu müssen. Moniert wird vom Kirchenkreis auch, dass die Kommission der Bevölkerung zugemutet hat, sich durch tausende Seiten Wortprotokoll durchzuarbeiten und dabei die entscheidenden Protokolle so spät veröffentlichte, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung nicht möglich gewesen sei. Wesentliche Entscheidungen seien erst in der abschließenden Mammut-Sitzung der Kommission getroffen worden, so dass eine wirkliche Beteiligung der Bevölkerung eben gar nicht stattfinden konnte. Eine selbstkritische Stellungnahme der Endlagerkommission zu diesem Grundfehler fehle ebenso wie eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit mit ihren Verletzungen. „Die Einforderung von Vertrauen gelingt nicht, wenn das Verfahren nicht vertrauenswürdig ist. Es reicht nicht aus, dieses Vertrauen mittels staatlicher Gewalt zu erzwingen, wie es die Gemeinden im Kirchenkreis Lüchow-Dannenberg bei den Castor-Transporten erfahren mussten.“

Die vollständigen Versionen sowohl der Bewertung der Arbeitsgruppe 3 der Kommission als auch der Bewertung des Abschlussberichts aus kirchlicher Sicht sind auf der Website der Gorleben Rundschau abrufbar. Die Kurzlinks lauten:

gorleben-rundschau.de/debeyer



Käufliche Behörde?

Bundesanstalt in der Kritik

Lobbyismus Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist einer der wichtigsten Beratungs- und Forschungsdienste der Bundesregierung, sie untersteht dem Wirtschaftsministerium. Für die Endlagersuche spielt die BGR eine zentrale Rolle. Sie steht für Unabhängigkeit und genießt ein hohes Ansehen. Offenbar zu Unrecht, wie Wolfgang Ehmke darlegt.

Ein Blick auf die Homepage der BGR genügt nämlich, um zu erkennen, worauf es bei der Bundesanstalt hinausläuft, was angesagt ist: Salz, Salz und noch mal Salz. Die BGR favorisiert dieses Endlagermedium für die tiefengeologische Lagerung hochradioaktiver Abfälle, während in anderen Ländern auf Ton oder Kristallin als Endlagergestein gesetzt wird. Es wäre zumindest eine offene Frage, eine Abwägungsfrage, könnte man meinen.

Jahrelang, so viel ist klar, hat die BGR – oft im Verbund mit der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) – an geologischen Experten gearbeitet, die die Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben-Rambow als nukleares Endlager belegen sollten. Diese Arbeit gipfelte gar in einer Eignungsaussage. Die fragliche Studie wurde im Geologischen Jahrbuch 2008 veröffentlicht. Dort heißt es: „Trotzdernoch nicht abgeschlossenen Erkundung des Erkundungsbereiches 1 (EB 1) kann nach den bisherigen Untersuchungen festgestellt werden, dass aus geowissenschaftlicher Sicht keine Erkenntnisse aus dem Salinar gegen die langzeitsicherheitsliche Eignung des Salzstocks Gorleben für die Endlagerung radioaktiver Abfälle vorliegen.“

Auch wenn nach eigenen Aussagen die „Erkundung“ des Salzstocks Gorleben-Rambow im Jahre 2012 beendet wurde, bleibt diese tendenziöse Datenbank der BGR bestehen und ist neben all den Daten der „Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“, bei der auch andere Institute mitwirkten, eine schwere Hypothek. Wie soll ein Neustart der Endlagersuche gelingen, wenn diese

Sitz der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover

Datenlage unverändert das Behördenhandeln leitet?

Dochjetzt fällt in besonderes Licht auf die Unabhängigkeit der BGR. Dass nämlich auch Bundesbehörden nicht davon frei sind, dass Konzerne Studien in ihrem Profitinteresse oder im politischen Interesse sponsern, belegt eine aktuelle Recherche des WDR-Journalisten Jürgen Döschner. Gemeinsam mit anderen Berufskollegen deckte er auf, wie die BGR jahrelang von Mitteln der wirtschaftsnahen Martini-Stiftung profitierte, die auf diesem Wege „gewünschte“ Aussagen der Behörde generierte. Ist die BGR eine käufliche Behörde?

Den größten Unsinn verzapfte die BGR demnach im Jahr 1995. Die Klimadebatte war bereits voll entbrannt. 1997 wurde nach der dritten Vertragsstaatenkonferenz das so genannte Kyoto-Protokoll ver-

Döschner schreibt, eine „Heilige Schrift“ all jener, die den Klimawandel oder zumindest den Anteil des Menschen daran bezweifeln.

In die Sammlung wissenschaftlicher Kapriolen der BGR reiht sich die 2013 veröffentlichte Stellungnahme der Staatlichen Geologischen Dienste zum Fracking ein. Die umstrittene Methode zur Gewinnung von Erdgas hatte zuvor das Umweltbundesamt unter die Lupe genommen und attestierte Risiken und Unsicherheiten, die beim Einsatz des Frackings für die Reinhaltung des Grundwassers entstehen. Das spielt die BGR herunter mit der Bemerkung, es gäbe da eine „generelle Überschätzung“ der Gefahren.

Was bis jetzt nicht bekannt war und durch den WDR enthüllt wurde: Die BGR-Klimastudie war seinerzeit von der Industrie bezahlt



abschiedet, das erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Reduzierungsverpflichtungen für die Industrieländer umriss, um den Kohlendioxid-Ausstoß zu begrenzen. Noch zwei Jahre zuvor gab die BGR all den Zweiflerinnen und Zweiflern Recht, die nicht den CO₂-Ausstoß aus Fabrikschlotten und Auspuffrohren als hauptverantwortlich für den Klimawandel ausmachten, sondern schlichten Wasserdampf und die Aktivitäten der Sonne.

Damit nicht genug. Statt einer Revision dieser kruden Theorie, veröffentlichte die BGR noch im Jahr 2000 auf der Basis dieser Studie das Buch „Klimafakten“, bis heute eine Art „Beweis“ dafür, dass natürliche Klimaschwankungen integraler Bestandteil der historischen und daher auch der aktuellen Klimaentwicklung sind. Wie

worden. Genauer gesagt von der „Hans-Joachim-Martini-Stiftung“, einer weitgehend unbekanntem und im Verborgenen arbeitenden gemeinnützigen Stiftung. Wer weiß, wer die Fracking-Aussagen sponserte.

Das Ziel des 1982 gegründeten „Hans-Joachim-Martini-Fonds“, der fünf Jahre später in jene Stiftung umgewandelt wurde, ist laut Satzung die „Förderung der angewandten Geowissenschaften“. Döschner: „Was sich zunächst uneigennützig anhört, entpuppt sich bei näherem Hinsehen allerdings als ein spezieller Finanztopf, über den Unternehmen aus der Chemie-, Energie- und Rohstoffbranche über Jahre hinweg die BGR finanziell unterstützt haben.“ In den ausgewerteten internen Dokumenten stößt man auf illustre Namen wie die Bayer-AG,

den Kohlekonzern Rheinbraun, der später vom Stromkonzern RWE übernommen wurde, Wintershall, BP, Kali&Salz oder die Ruhrkohle AG.

Die Liste „bemerkenswerter“ Studien lässt sich fortsetzen: In den Genuss des Martini-Preises kam auch ein Wissenschaftler, der mit seiner Arbeit den schädlichen Einfluss von Infraschall bei Windrädern zu belegen versuchte. Ein weiteres Beispiel: Der Martini-Nachwuchspreis 2011 ging an eine junge Wissenschaftlerin für ihre Diplomarbeit zur raumbezogenen Darstellung und Auswertung des Lösungsverzeichnisses Gorleben.

Da die Geldflüsse weitgehend intransparent blieben, bleiben viele Fragen offen. Ob die Autoren der bereits zitierten Studie, die dem Salzstock Gorleben vorschnell eine Eignung als Atommüllendlager unterstellten, ebenfalls von der Martini-Stiftung prämiert wurden, ist bisher nicht geklärt.

Erstmalig 2012 kritisierte die Innenrevision des Bundeswirtschaftsministeriums die Vergabepraxis der Preisgelder und bezeichnete sie zumindest für den Zeitraum bis zum Jahr 2003 als „angreifbar“. Die Prämien seien als „Geschenke“ zu werten und hätten ohne Genehmigung der Vorgesetzten nicht angenommen werden dürfen. Unterdessen hat der Republikanische Anwaltsverein (RAV) bei der Staatsanwaltschaft Hannover Strafanzeige gegen die BGR wegen des Verdachts auf Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme beziehungsweise Bestechung und Bestechlichkeit gestellt. Rechtsanwalt Thorsten Deppner beruft sich bei der Strafanzeige auf den WDR-Bericht, in dem es heißt, es ergebe sich das Bild eines äußerst komplexen und wenig transparenten Geldflusses von der Industrie an die BGR. Das beginne bereits bei den Anfängen der Stiftung 1981. „Es ist beabsichtigt, (...) eine Hans-Joachim-Martini-Stiftung (...) zu gründen“, schrieb der damalige Chef-Geologe der Bayer-AG in einer internen Notiz an seinen Vorstand. „Die Stiftung soll dazu dienen, junge beziehungsweise verdiente Mitarbeiter der BGR

durch maßvolle finanzielle Anreize zu belohnen.“ Und offenbar um den Nutzen für Bayer zu unterstreichen, fügte der Autor hinzu: „Bayer AG hat seit 1971 Jahr für Jahr die aktive und tatkräftige Unterstützung von Herren aus der BGR erfahren.“

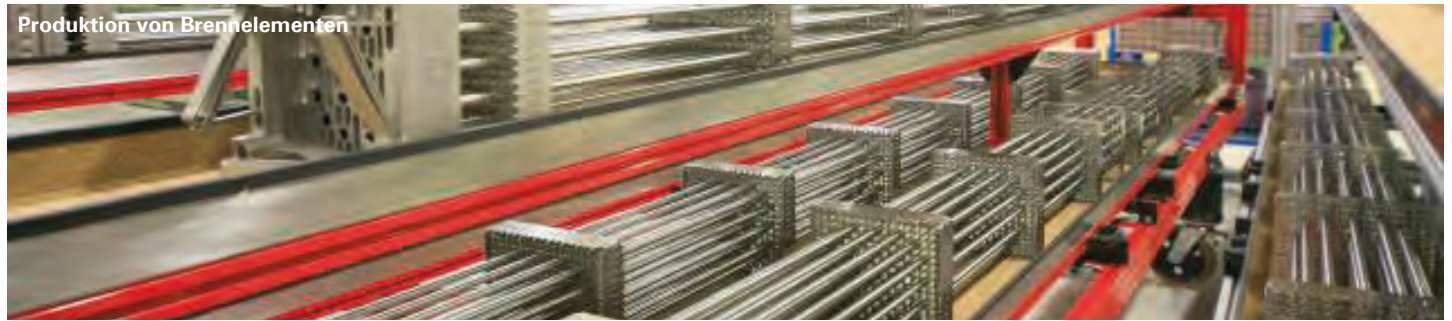
Blind gegenüber der eigenen Geschichte gibt sich die BGR auch, wenn es um den Namensgebers des Preises, Hans-Joachim Martini, geht. Er war 1940 Leiter der Reichsstelle für Bodenforschung in Prag mit der Aufgabe „Erforschung, Erschließung und Verwertung“ der böhmischen und mährischen Bodenschätze, also damit, das okkupierte Reichsgebiet des Protektorats Böhmen-Mähren nach Ausbeutbarem für die deutsche Wirtschaft und die Kriegsführung zu untersuchen. Von 1962 bis 1969 war er Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung, dem Vorläufer der BGR. Ganz im Unterschied zum Auswärtigen Amt, das – viel zu spät, aber immerhin – eine international besetzte Historikerkommission beauftragte, die Nazi-Vergangenheit aufzuarbeiten, fehlt auf der Homepage der BGR jeder Hinweis auf die Verstrickung Martinis mit den Gräueln der Nazi-Herrschaft. Und dann noch das: Laut Abschlussbericht des Niedersächsischen Untersuchungsausschusses zur Einlagerung von radioaktiven Abfällen in der Schachanlage Asse II waren Martini und sein Stellvertreter Gerhard Richter-Bernburg in den 1960er Jahren treibende Kräfte für die Nutzung des stillgelegten Salzbergwerkes als Atommüllendlager. Bereits 1962 schlug er dessen Verwendung als mögliches nukleares Endlager vor.

Es ist vor allem Sache der Dienstaufsicht, also des Wirtschaftsministeriums unter Sigmar Gabriel (SPD), das Geflecht Martini-Stiftung/BGR zu durchleuchten und auch einen Beitrag zur Geschichtsbewältigung dieser Bundesbehörde anzustoßen. Darüber hinaus muss es zwingend eine umfassende parlamentarische Untersuchung und Klärung des Vorfalls geben, denn ob Strafanzeigen das probate Mittel sind, darf wohl sehr stark angezweifelt werden.

Es ergibt sich das Bild eines äußerst komplexen und wenig transparenten Geldflusses von der Industrie an die BGR

Wie weit übrigens die Verflechtung mit Lobbyisten der Atomwirtschaft oder sogar Vertretern von Mitgliedern ging, die in der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages Stimmrecht hatten, zeigt ein Blick auf das *Who is Who* des aktuellen Kuratoriums der BGR: Edeltraud Glänzer, die stellvertretende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), wird dort ebenso aufgeführt wie Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla von der technischen Universität Freiberg. In der Vergangenheit gehörten dem BGR-Kuratorium auch Bruno Thomauske und Walter Hohlefeld an. Thomauske war ebenfalls stimmberechtigtes Mitglied der Endlagerkommission. Im Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) war er seit 1988 Leiter des Gorleben-Projekts. Später wechselte er zum Atomkonzern Vattenfall. Mit seiner Firma, der Aachener „Nuclear Safety Engineering International GmbH“, wirkte er mit an der „Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“. Bereits 2004 hatte Bruno Thomauske in der Zeitschrift „Atomwirtschaft“ eindeutig erklärt, dass zur Eignungsbewertung keine weiteren Erkundungsarbeiten mehr notwendig seien: „Der Eignungsnachweis, ob der Standort für hochradioaktive, wärmeentwickelnde Abfälle geeignet ist, könnte schon heute erfolgen.“ Walter Hohlefelder arbeitete von 1985 bis 1986 als Geschäftsführer der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) in Köln, ehe er von 1986 bis 1994 als Abteilungsleitender Ministerialdirektor im Bundesumweltministerium im Bereich Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und Nukleare Entsorgung tätig war. 1994 wechselte Hohlefelder ebenfalls in die Industrie. Nachdem PreussenElektra und VEBA im neu gegründeten Konzern E.ON aufgingen, wurde Hohlefelder im Juli 2000 Vorstandsmitglied der E.ON Energie und blieb dies bis zu seinem Ruhestand im März 2008. Von April 2004 bis 2010 war Hohlefelder Präsident der Lobbyorganisation Deutsches Atomforum ...

Soviel ist also gewiss: In Sachen BGR gibt es noch viel zu klären.



Ausstieg? Gronau und Lingen sind ausgenommen!

Urananreicherung und Brennelementeherstellung sollen unbegrenzt weiterlaufen

Atomausstieg Ende 2022 sollen in der Bundesrepublik die letzten AKW stillgelegt werden. Zu ihnen wird dann auch das AKW Emsland (AKW Lingen 2) gehören. Viele meinen, dass spätestens dann der Atomausstieg vollzogen sein wird. Doch das täuscht. **Udo Buchholz** vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz erklärt, warum.

In unmittelbarer Nähe zum AKW Emsland steht die bundesweit einzige Brennelementefabrik und etwas weiter südlich, in Gronau (NRW), befindet sich die einzige Urananreicherungsanlage (UAA) in der Bundesrepublik. Beide Uranfabriken unterliegen keiner Laufzeitbegrenzung. Das bedeutet: Auch nach der Stilllegung der letzten AKW soll in Gronau und Lingen Uran für den Betrieb ausländischer AKW vorbereitet werden beziehungsweise sollen Brennstäbe für internationale Atomkraftwerke produziert werden. Beide Anlagen sind Ziel und Abfahrtsort zahlreicher Atomtransporte. Das Gefahrenpotenzial der Uranfabriken in Gronau und Lingen wird durch den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Ränge verstärkt, der sich nur Flugsekunden entfernt zwischen den Anlagen befindet.

Bürgerinitiativen, Umweltverbände und andere Organisationen fordern schon lange die sofortige Stilllegung dieser zwei Anlagen, damit sich in ihnen keine Störfälle mehr ereignen können und damit sie die Versorgung zahlreicher AKW nicht länger gewährleisten. Gegen den Bau der UAA Gronau gab es schon in den 70er Jahren Proteste, und die Brennelementefabrik in Lingen wurde in den letzten Jahren mehrfach von Anti-Atomkraft-Initiativen blockiert. Zunehmend engagieren sich Atomkraftgegner/-innen gegen diese beiden Atomprojekte. Trotzdem weigern sich die zuständigen Landesminister (in

NRW der Wirtschaftsminister, in Niedersachsen der Umweltminister), die Betriebsgenehmigungen zu entziehen.

Im Juni stellten die Umweltminister/-innen aller Bundesländer einstimmig die Forderung nach der Stilllegung beider Anlagen auf. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks reagierte zunächst abweisend. Doch Ende Juli wurde bekannt, dass sie sich für die Stilllegung der UAA Gronau einsetzen will. Hierzu forderte sie die Landesregierung in Düsseldorf auf, für die UAA Gronau einen Stilllegungsplan vorzulegen. Zur Brennelementefabrik in Lingen schwieg sie sich aber bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe aus, obwohl die IPPNW und andere im Juli ein

gestoppt werden. Mehr als 230 Bürgerinitiativen und Organisationen haben die „Lingen-Resolution“ bereits unterschrieben, mit der die Forderung nach sofortiger Stilllegung des AKW Emsland und der Lingener Brennelementefabrik unterstrichen wird. Für den 29. Oktober wird zudem eine überörtliche Demonstration vorbereitet, die um 13 Uhr am Bahnhof in Lingen beginnen wird. Außerdem wird am 6. November in Gronau ein besonderes Jubiläum begangen: Dann finden die Sonntagsspaziergänge an der UAA seit 30 Jahren statt.

Die Stilllegung der umstrittenen Anlagen ist noch nicht greifbar, aber sie ist deutlich näher gerückt. Darum gilt es jetzt, die Kontakte zum Beispiel zur niederländischen Anti-Atomkraft-Bewegung zu vertiefen, um eine denkbare Verlagerung der Urananreicherung von Gronau nach Almelo, dem niederländischen UAA-Standort, zu verhindern. Und es ist geboten, die Landesregierungen in NRW und Niedersachsen in die Pflicht zu nehmen, damit sie für die Beschäftigten der Urananlagen neue Arbeitsplätze entwickeln.

Udo Buchholz engagiert sich seit den 80er Jahren gegen Atomanlagen. Er ist Vorstandsmitglied des BBU und wohnt 35 Kilometer entfernt von Lingen in der Nähe der UAA Gronau.



Rechtsgutachten speziell zur Brennelementefabrik veröffentlicht haben. Fazit der Expertise: Brennelemente-Exporte von Lingen für marode belgische oder französische Atomkraftwerke verstoßen gegen das Atomgesetz und müssen schnell unterbunden werden.

Weiterer Druck muss also aufgebaut werden, damit die Uranfabriken in Lingen und Gronau

Die Demonstration in Lingen am 29. Oktober ist wesentlicher Teil der Herbstkampagne der BI. Weitere Infos gibt's auf der Rückseite dieser Ausgabe der Gorleben Rundschau.

Atommüll, Rost und Schlampereien

Fässer und eventuell Castoren in Gorleben sind schadhaft

Zwischenlagerung Nach dem letzten Castortransport im Jahr 2011 war es jahrelang still um das Zwischenlager Gorleben, weil die öffentliche Aufmerksamkeit fast völlig auf die Endlagersuche und das so genannte Erkundungsbergwerk gerichtet war. Spätestens seit diesem Sommer aber rücken das Abfalllager und das Transportbehälterlager durch das Bekanntwerden von allerlei Pannen wieder in den Fokus. Von Angelika Blank und Andreas Conradt

Im Abfalllager Gorleben (ALG) lagern seit geraumer Zeit 1307 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Atommüll. Eigentlich sollten sie schon in den 80er-Jahren nach Morsleben geschafft werden. Nach einer Konditionierung in Hanau wurden die Fässer Anfang der 90er Jahre dann aber im ALG eingelagert, weil das ehemalige DDR-Endlager geschlossen werden musste. Im Wendland aber läuft die Lagerungsgenehmigung im Jahr 2019 aus, so dass ein neuerlicher Umzug ansteht – und zwar in die Konditionierungsanlage der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in Duisburg. Dort sollen die Fässer nun für das geplante Endlager Schacht Konrad vorbereitet werden. Allerdings wird auch das, wenn überhaupt, nur mit etlichen Jahren Verspätung und keinesfalls schon 2019 in Betrieb gehen.

Die Transporte mit jeweils 60 bis 80 Fässern von Gorleben nach Duisburg laufen bereits seit gut einem Jahr. Recherchen des Anti-Atom-Bündnisses Niederrhein zufolge sollen bereits drei Transporte in Duisburg eingetroffen sein. Dabei sind im April in Gorleben mehrere Fässer mit Beschädigungen aufgefallen. Die kompakte Art der Lagerung ließ es bisher nicht zu, alle Fässer in Augenschein zu nehmen. Erst nach Bekanntwerden des Vorfalls hat das niedersächsische Umweltministerium angeordnet, alle Fässer so aufzustellen, dass sie jederzeit inspiziert werden können. Eine Maßnahme übrigens, gegen die die GNS juristisch vorgeht ...

Bei der Vorbereitung des vierten Transports ist Mitte August ein weiteres schadhaftes Fass aufgetaucht. Der Befund: eine Korrosionsstelle und Spuren von „auskristallisiertem Material“ am oberen Rand des Fasses. Hannover hat daraufhin angeordnet, dass das Fass in Duisburg vorerst

nicht weiter verarbeitet werden darf, sondern mit dort vorhandenen Inspektionseinrichtungen die Ursachen ermittelt werden sollen. Michael Zerkübel vom AntiAtom-Bündnis Niederrhein: „Uns stehen die Haare zu Berge, denn es sind gerade mal ein paar Dutzend Fässer gesichtet und nach Duisburg geschafft worden.“ Schärfere noch kritisiert die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) die Vorfälle. Die Weigerung der GNS, für ein umfassendes Überwachungssystem zu sorgen, sei nicht mehr hinnehmbar. „Schadhafte Atommüllfässer werden nur entdeckt, wenn umgeräumt wird. Das ist unverantwortlich“, so Pressesprecher Wolfgang Ehmke. Die BI vermutet, dass Feuchtigkeit in der Lagerhalle ein Problem sein könnte. „Wenn jetzt aber Spuren ‚auskristallisierten Materials‘ festgestellt wurden, müssen auch die Inhalte untersucht werden.“

Doch möglicherweise droht den Bürger/-innen im Wendland noch viel Gefährlicheres. Denn kaum waren die Nachrichten vom ersten Fund schadhafter Rostfässer im ALG verklungen, da geriet das Transportbehälterlager (TBL) in die Schlagzeilen. Dort lagern in derzeit 113 Castoren hochradioaktive abgebrannte Brennelemente und verglaste Abfälle aus der Wiederaufarbeitung.

Die GNS informierte Mitte Juni darüber, dass bei neun von zwölf Behältern der Bauart TN 85 des französischen Herstellers Areva die Fertigung von geschmiedeten Teilen mangelhaft dokumentiert sei. Die BI sieht darin keine Bagatelle: „Weil die Zwischenlagerung zur Dauerlagerung mutiert und weil die Castor-Behälter mit

Die Rostfässer und evtl. fehlerhafte Castoren stehen im Fokus der Gorleben-Gegner



Sicherheit noch bewegt werden müssen, muss unbedingt geklärt werden, welche sicherheitstechnischen Auswirkungen das hat“, sagte ihr Sprecher Wolfgang Ehmke. Die könnten durchaus erheblich sein, denn es gibt einige Indizien dafür, dass es sich bei den Qualitätsmängeln nicht nur um Dokumentationsfehler handelt: Bereits im April 2015 war in Frankreich festgestellt worden, dass bei verschiedenen Reaktor-druckgefäßen falscher Stahl verwendet worden war. Produziert hatte diese Teile ein Schmiedewerk von Areva.

Nach Recherchen des Handelsblatts war dies der Auslöser für eine umfangreiche Prüfung, die Areva in Auftrag gegeben hatte. Dabei wurde festgestellt, dass mehr als 400 Protokolle in den Fertigungsdokumentationen unvollständig, widersprüchlich oder offenbar gefälscht sind. Betroffen sind auch besagte Castorbehälter vom Typ TN 85. Aufgrund der mangelhaften Dokumentationen ist unklar, ob auch bei diesen Behältern falsche Materialien verwendet wurden wie bei den Reaktordruckgefäßen.

Umweltminister Stefan Wenzel hat Stellungnahmen der GNS und der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) zu betroffenen Bauteilen eingefordert. „Danach ist zu prüfen, ob konkrete Untersuchungen der Castorbehälter durchgeführt werden müssen.“ Pikantes Detail: Möglicherweise werden die Abfälle nicht, wie zunächst geplant, umgepackt, sondern in den Castoren endgelagert. GNS-Chef Hannes Wimmer sagte kürzlich: „Unsere Castor-Behälter wären für den Salzstock geeignet.“ BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Wir sind jetzt im Alltag des Atommüllsdesasters angelangt. Schadhafte Fässer, Dokumentationslücken, schale Aussichten, was die Zukunft Gorlebens angeht.“



„Es ist ein großer Kampf“

Ministerpräsident Stephan Weil über Erfolge und Aufgaben im Wendland

Gorleben Auf Einladung der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und der dortigen Bäuerlichen Notgemeinschaft kamen Ende August der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und sein grüner Umweltminister Stefan Wenzel zur Diskussion über den frisch vorgelegten Abschlussbericht der Endlagerkommission ins Wendland. Die Fragen vom Podium und aus dem Publikum und die Antworten des Regierungschefs geben wir hier in konzentrierter Form wieder.

» In den vergangenen vierzig Jahren hat sich neben Gerhard Schröder nur der SPD-Politiker Stephan Weil als Ministerpräsident der Diskussion mit den Wendländerinnen und Wendländern gestellt. Sogar schon zum zweiten Mal in seiner Amtszeit.

Weil: Gorleben ist für diese Landesregierung ein ganz wichtiges Thema. Das hängt nicht nur mit Koalitionsvereinbarungen oder so etwas zusammen, sondern auch mit unserer politischen Sozialisation. Ende der 70er-Jahre war die Teilnahme an der ganz großen Gorleben-Demonstration in Hannover für mich ein wichtiger Teil meines politischen Werdegangs. Und dieses Thema begleitet Sie, aber mich auch, eben jetzt seit über vierzig Jahren, und es wäre zu schön, wenn wir mal feststellen könnten, dass wir dazu einen Beitrag geleistet hätten, dass definitiv das Endlager in Gorleben beendet wird. Das wäre ein schönes Ziel, und daran arbeiten wir auch wirklich.

» Im Abschlussbericht wurde vieles im Vagen gehalten, viele Konflikte wurden einfach ausgeblendet. Mit seiner Hilfe kann man darum beides: Man kann Gorleben durchsetzen und man kann es verhindern. In Ihren Statements zum Abschlussbericht steckt deshalb auch immer eine Wenn-Dann-Aussage: „Wenn der weitere Prozess wissenschaftsbasiert, wenn

er fair und wenn er transparent abläuft, dann ist Gorleben raus.“ Wer garantiert aber, dass künftig so gearbeitet wird?

Weil: Niemand kann eine Garantie geben! Wenn es danach ginge – um Garantien –, dass bestimmte Dinge so laufen, wie ich sie für richtig halte, könnte ich allerdings morgen mit der Politik aufhören, weil mir das nirgendwo begegnet. Politik und politische Auseinandersetzungen sind überall ein Kampf. In der Physik gilt der Grundsatz: Die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist eine Gerade. Das ist in der Politik definitiv anders. Da gibt es gelegentlich auch Umwege, übrigens ganz gelegentlich auch Rückschritte. Das sind Prozesse, aber in *diesem Prozess* haben wir jetzt einen Fortschritt gemacht, denn wir sind jetzt einen Schritt weiter.

» Was kann denn die niedersächsische Landesregierung konkret tun, damit nicht doch alles auf Gorleben zurückfällt?

Weil: Die Landesregierung wird sich intensiv beteiligen an der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs und anschließend an den politischen Diskussionen über einen Gesetzesentwurf. Das ist die nächste Etappe. Der Kommissionsbericht ist an dieser Stelle für uns wirklich eine große Hilfe, weil wir jetzt mit einer ganz anderen Legitimität auftreten können. Im Wendland hat man vierzig Jahre in den Knochen, wo systematisch ernsthafte Bedenken einfach vom Tisch gewischt wurden und ein einmal gefasster Beschluss exekutiert wurde. Deswegen habe ich für Ihr Misstrauen volles Verständnis. Diese vierzigjährige Geschichte steckt Ihnen, steckt uns allen in den Knochen, und

„
Die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist die Gerade. Das ist in der Politik definitiv anders.“

die kann man auch nicht vergessen. Außerhalb Niedersachsens sieht das aber durchaus auch anders aus. Es ist doch nicht so, als ob nicht viele und unabhängig von den Parteibüchern sich anfreunden könnten mit dem Gedanken, dass die Endlagerung von Atommüll ein niedersächsisches Problem ist und bleibt. Und an dieser Stelle haben wir jetzt durch den Kommissionsbericht eine ganz andere Breite der Verständigung. Und da werden wir auch niemanden rauslassen, der dabei gewesen ist. Wir haben ja damals beispielsweise mit guten Gründen darauf gedrungen, dass die Kirchen mit vertreten sind in der Kommission. Das ist hart bekämpft worden in der Diskussion um das Standortauswahlgesetz. Und ich kann in vielen Passagen des Berichts jetzt erkennen, wie wichtig es gewesen ist, dass wir uns an dieser Stelle durchgesetzt haben. Das heißt, dass wir jetzt wirklich eine andere Plattform haben, von der aus die nächste Etappe läuft. Aber ich sage es nochmal: Eine Garantie kann ich Ihnen nicht geben, kann auch niemand sonst Ihnen geben. Ich kann nur sagen: Die Aussichten für die nächste Runde sind besser, deutlich besser!, als sie es davor gewesen sind. Aber es ist und bleibt ein großer Kampf.

» Der Konsens pro Abschlussbericht könnte auch deshalb zustande gekommen sein, weil die Anforderungen an ein Endlager so windelweich formuliert worden sind, dass praktisch jeder Ort in Deutschland in Frage kommt. Muss nicht Niedersachsen im jetzt folgenden Gesetzgebungsverfahren auf eine Verschärfung der Kriterien dringen und mindestens das Mehrbarrieren-Kriterium wieder hineinverhandeln?



Weil: Ich glaube nicht, dass das klug wäre. Wir haben nämlich schon beim ersten Mal die Erfahrung gemacht: Wenn es uns gelungen ist, die anderen auf eine Position mitzubewegen – und das war in diesem Fall ja nun wirklich ein ganz hartes Stück Arbeit –, dann erleben wir anschließend Fliehkräfte. Und wenn Niedersachsen zu den Fliehkräften dazugehört, dann ist die Plattform kaputt. Im Gegenteil: Unsere Aufgabe besteht darin, ebenso wie beim Standortauswahlgesetz jetzt beim Kommissionbericht dafür zu sorgen, dass diese breite Basis, die sich da zusammengefunden hat, auch zusammen bleibt und dass diejenigen, die ausbüxen wollen – Stichwort Bayern und Sachsen – in die Kritik geraten und in die Ecke gestellt werden, denn die wollen die Extrawürste haben.

» Unbestritten ist, dass in der Endlagerkommission etwas versucht worden ist und dass, auch im Vergleich zum „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ vor 15 Jahren, etwas in Bewegung gesetzt wurde. Genauso klar ist aber auch, dass mit

dem, was erreicht wurde, Gorleben nicht ausgeschlossen wurde. Es wird aber wohl die Rolle Niedersachsens sein, zu insistieren, dass der Standort im Wendland ausgeschlossen wird. Andere Bundesländer werden das von sich aus nicht tun. Wie schnell kann das geschehen, damit nicht wieder 15 Jahre ins Land gehen?

Weil: Dass die Niedersachsen die „Lästigkeitskosten“ in Berlin enorm in die Höhe treiben, werden viele Leute bestätigen können. Wir sind jetzt schon in intensiven Diskussionen auch mit dem Bundesumweltministerium zu der Frage, wann und in welcher Weise der Kommissionsbericht in einen Gesetzesentwurf umgemünzt wird. Also: Für uns ist das ein wichtiges politisches Thema. Dafür kämpfen wir, und das werden wir auch weiter tun. Der bisherige Weg, finde ich, bestätigt dieses Vorgehen.

» Viele Atomkraftgegner/-innen kritisieren den Abschlussbericht, weil er ihnen zu unpräzise, zu wenig detailliert ist. Bemängelt wird die nicht genannte Anzahl der Vergleichsstandorte, die unklare Finanzierung der Endlagersuche oder das Fehlen einer stichhaltigen Begründung für eine tiefengeologische Lagerung. Was antworten Sie diesen Bürger/-innen?

Weil: Für mich gibt es einen relativ einfachen Prüfungsmaßstab, ob das, was wir jetzt erreicht haben, in die richtige Richtung geht oder nicht: Sind eigentlich die Aussichten, dass wir ein Endlager in Gorleben verhindern können, heute besser oder schlechter als vor drei Jahren, vor fünf, zehn oder 15 Jahren? Gibt es irgendjemanden, der sagt, dass wir den Zug in die falsche Richtung befördert haben? Entschuldigung, ich habe den Eindruck, dass wir heute so gute – relativ gute – Aussichten haben, wie noch nie, um Gorleben zu verhindern. Das wird uns nicht geschenkt werden, und dafür gibt es keine Garantie. Aber die Aussichten dafür sind eindeutig besser als vorher. Die Kommission war erstmalig ein Versuch, pluralistisch zusammen

zu hocken, nachdem über Jahrzehnte hinweg eine Diskussion miteinander im Grunde nicht stattgefunden hat, sondern die Befürworter unter sich geblieben sind, aber auch die Kritiker ja gar keine Möglichkeiten hatten, mit den Befürwortern an einem Tisch sehr ernsthaft ins Gespräch zu kommen. Deswegen haben die Damen und Herren der Kommission es sich ja so schwer gemacht. Das waren Kämpfe, die da stattgefunden haben, aber das waren Kämpfe, die erstmals *gemeinsam* stattgefunden haben.

» Aber nicht in der Öffentlichkeit!

Weil: Nein, nicht in der Öffentlichkeit, das stimmt!

» Die Anti-Atom-Bewegung war doch gar nicht mit am Tisch!

Weil: Ich hätte mich sehr gefreut, wenn die Kritiker leichter dabei gewesen wären und sich stärker auf diesen Prozess eingelassen hätten. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dann wäre es besser geworden. Aber noch einmal: Wir haben jetzt einen anderen Stand der Diskussion. Von dem aus macht man jetzt weiter, und man muss dafür sorgen, dass es keine Rückfälle gibt – das sage ich ausdrücklich. Und man muss dafür kämpfen, dass es weiter nach vorne geht, aber kleinzureden, was wir jetzt erreicht haben, finde ich falsch. Das sollte man nicht tun.

» Wird nicht die Bedeutung Niedersachsens gerade noch so lange reichen, bis das Gesetz beschlossen ist? Denn dann geht das Verfahren in Behördenhandeln über. Wo bleibt dann das Gewicht Niedersachsens?

Weil: Es ist mitnichten so, dass wir ein Vetorecht auf der Bundesebene hätten. Im Gegenteil: Als wir in die Regierung gekommen sind, haben wir eine ziemlich irre Situation vorgefunden, nämlich einen fix und fertig ausgehandelten Gesetzesentwurf für ein Standortauswahlgesetz – abgestimmt zwischen der Bundesregierung und allen 16 Bundesländern, auch Niedersachsen. Abgestimmt mit

allen Bundestagsfraktionen, außer den Linken. Und eigentlich hatte keiner Lust, dieses Thema noch mal aufzumachen. Es war ziemlich mutig von uns – aber wir standen ja wahrscheinlich noch unter Welpenschutz – zu sagen: Nein, da machen wir nicht mit! Insofern haben wir entweder die Möglichkeit, uns in den Prozess einzubringen und für unsere Position zu kämpfen. Wir ringen hart, und wir sind aber auch in Zwischentritten bereit, sinnvolle Kompromisse einzugehen. Oder aber wir stellen unsere Position in den Raum und sagen: Wenn wir dafür keine Mehrheit finden, dann ohne uns. Bis hierhin, würde ich sagen, ist der erste Weg der eindeutig bessere gewesen. Hätten wir uns 2013 nicht darauf eingelassen, hätten wir schlichtweg gesagt, dass man mit uns über ein Standortauswahlgesetz in dieser Weise nicht reden muss, dann behaupte ich, dass der Zug heute mit hoher Geschwindigkeit Richtung Gorleben fahren würde.

» Vor dem Hintergrund möglicher Gefälligkeitsgutachten für die Atomwirtschaft durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe – Stichwort Martini-Stiftung – und die Verteilung der Forschung auf drei Bundesministerien, die untereinander denkbar schlecht zusammenarbeiten: Wäre nicht ein kompletter Neuanfang sinnvoller als ein Weitermachen im alten System?

Weil: Niedersachsen hat eine sehr wichtige Rolle in dieser ganzen Diskussion, und nur so erklärt sich auch, wie weit wir gekommen sind. Es hätte weder das Standortauswahlgesetz in dieser Form gegeben, noch hätte es einen Kommissionsbericht gegeben, noch hätte es einen Kommissionsbericht in *dieser Form* gegeben ohne härtestes niedersächsisches Engagement. Und ich bin weit davon entfernt, das klein zu reden. Das soll man aber bitte nicht verwechseln mit einem Vetorecht. Da sollten wir wirklich miteinander realistisch sein. Denn wenn wir sagen würden: Hier ist unsere Position, liebe übrige Beteiligte, wir geben Euch

die Möglichkeit, ihr zu folgen oder wir sind raus, dann könnte es uns schnell passieren, dass wir raus sind, und das ist nichts, was ich Niedersachsen empfehlen kann. Insbesondere deswegen, weil wir nach unseren Erfahrungen in den letzten dreieinhalb Jahren eben gemerkt haben, dass es sich lohnt, selber diese Diskussion voran zu treiben. Das kann ich aber nur, wenn ich mich auseinandersetze und versuche, zu vertretbaren Kompromissen zu kommen. Dazu sehe ich keine sinnvolle andere Option. Was wir jetzt haben, ist ein weiterer Zwischenstand. Das Standortauswahlgesetz war ein Zwischenstand, der Kommissionsbericht ist ein Zwischenstand, der nächste Gesetzesentwurf und dann der nächste Zwischenstand irgendwann mal ein Gesetzesbeschluss. Und das sind alles wieder harte Konflikte, die da anstehen, und die werden wir gemeinsam mit ganz vielen, die uns auch unterstützen in dieser Frage, zu führen haben.

Ich bin auch nicht derjenige – aber das ist vielleicht auch eine Frage des Naturells –, der unter den unterschiedlichen Optionen, die sich stellen, zwangsläufig meint, die schlechteste müsse kommen. Natürlich – und das ist überhaupt nicht ausgeschlossen – kann das alles auch dazu führen, dass wir eines Tages feststellen, dass es sehr, sehr, sehr unbefriedigend gelaufen ist. Aber ich erlaube mir, erneut zu fragen: Haben wir heute bessere oder schlechtere Aussichten, Gorleben zu verhindern? Meine Antwort ist ganz eindeutig: Sie sind heute wesentlich besser, als vor dreieinhalb Jahren. Und wenn man diese Erfahrung macht, dann sollte man auch diesen Weg weitergehen.

Ich akzeptiere, dass man im Wendland in dieser Frage allerhöchst sensibel und skeptisch ist. Das ist absolut in Ordnung. Umgekehrt bitte ich um Unterstützung dafür, dass wir versuchen mit wirklich all unseren Kräften, Gorleben zu verhindern, insgesamt zu einer rationalen Lösung der Endlagerproblematik in Deutschland zu gelangen. Denn das sind die Ziele, die wir gemeinsam haben.



Die Aussichten, Gorleben zu verhindern, sind heute wesentlich besser als vor dreieinhalb Jahren.

Kommentar Wollen wir nur noch spielen?

Natürlich ist dies eine Landesregierung, die nur wenig Projektionsfläche für Protest bietet, weil der Ministerpräsident an der Peripherie, der Umweltminister sogar mitten in der Anti-Atom-Bewegung der 70er- und 80er-Jahre „groß geworden“ sind. Man will es ihnen glauben, wenn sie ihr ehrliches Bemühen um die Beendigung Gorlebens erläutern und von den Schwierigkeiten auf Länder- und Bundesebene berichten. So wundert es nicht, wenn BIVorsitzender, EU-Politikerin und Kirchenvertreter den Herren aus Hannover auch gewisse Erfolge bescheinigen.

Und doch bleibt ein schaler Nachgeschmack und, wenn wir ehrlich sind, ein kleinlautes Nicken, wenn Medien in ihrer Berichterstattung das Ausbleiben des eigentlich erwarteten wütenden Protests der Wendländer/-innen erwähnen und bemerken: „Die wollen nur noch spielen!“

In der Tat war das Publikum bei der Veranstaltung mit Weil und Wenzel im August eine friedliche Versammlung braver Bürger/-innen. Gut informiert zwar, ohne Frage, aber zurückhaltend und in keiner Weise frech.

Wo waren die Bauern mit ihren großen Schleppern, mit wütenden Transparenten und markigen Sprüchen? Wo waren die Linksa autonomen, die Politiker/-innen schon mal das Fürchten lehren und Veranstaltungen aufmischen können? Wo waren die Hitzköpfe dazwischen, die mit bohrenden Fragen die Minister und Präsidenten aus dem Konzept bringen, so dass sich deren wahres Gesicht zeigt?

Hat sich der Eindruck schon so verfestigt, dass es die lautereren, nervenderen und, ja, auch radikaleren Kräfte im Moment nicht braucht, weil Weil & Co. auf unserer Seite stehen? Das könnte sich eines Tages auf fatale Weise rächen. (ac)



Hilfe wird groß geschrieben

Portrait „Wo bekommen wir jetzt noch zwei Trecker für die Kundgebung her?“ „Kein Problem, ich frage Lüder und Elke.“ So oder so ähnlich kann man es häufig hören, wenn sich zwei Widerständische im Wendland unterhalten. Fehlt es an Kartoffeln oder Gemüse für ein Castorcamp oder braucht es dringend Schlepper und Anhänger – die beiden Biolandwirte helfen gern aus.

Denn Hilfsbereitschaft wird groß geschrieben auf dem Kneifel'schen Hof in Mützingen. Jeder kennt die beiden und fühlt sich mit seinem Anliegen willkommen.

Für Elke begann ihr Leben im Widerstand mit dem Gorleben-Treck nach Hannover im Jahr 1979. „Damals haben wir uns den Arsch abgefroren, aber wir hatten ordentlich Spaß dabei.“ Mit klapprigem Traktor ohne Kabine hat sie sich damals das erste Mal mit auf den Weg gemacht.

Seitdem ist sie dem Widerstand treu, bei jedem Castortransport, bei jeder Blockade dabei. Auch ihre inzwischen erwachsenen drei Kinder und ihr Mann Lüder werden mehr und mehr mit eingespannt.

Bei ihren Aktivitäten mit der Bäuerlichen Notgemeinschaft haben

Elke Kneifel ist Urgestein des bäuerlichen Widerstands. Ihr Mann Lüder hätte sein Engagement um ein Haar mit dem Leben bezahlt. Anja Meyer stellt die beiden vor.



sie viel erlebt – auch Unschönes. Gleich beim ersten Castortransport, als Elke und Lüder auf ihrem Hof zig Schlepper und die dazugehörigen Fahrer versteckten und gemeinsam für die bevorstehende Castornacht eine Blockade planten, machten sie sehr unangenehme Erfahrungen mit staatlicher Überwachung und Polizeigewalt. Niemand kann sich bis heute erklären, wie die Polizei von der streng geheim gehaltenen Aktion Wind bekam, doch als die ersten Schlepper vom Hof rollten, tauchten unzählige Einsatzfahrzeuge und sogar Hubschrauber auf. Einigen Bauern gelang es, sich samt Traktor im Wald zu verstecken. Andere wurden brutal von den Traktoren gezerrt. Teilweise wurden die Fahrerkabinen von Polizeiknüppeln zerstört, den Bauern die Arme verdreht und sie brutal zu Boden gedrängt. So wurde manch einem dauerhaft die Lust auf Demonstrationen genommen – und das Vertrauen in den Rechtsstaat obendrein.

30 Jahre nach dem ersten Treck ist Elke 2009 wieder mit von der Partie. Dieses Mal fährt sie mit dem Jeep, und ihr Mann Lüder sitzt auf dem Schlepper. Zig Traktoren machen sich auf den Weg nach Berlin, die Fahrt dauert mehrere Tage, und der Tross passiert verschiedene Atommülllager. Bei einem Gerangel in Morsleben verliert ein Polizist plötzlich die Nerven, zieht seine Waffe und hält sie Lüder direkt an den Kopf. Die Situation geht glimpflich aus, doch Lüder traut sich fortan nicht mehr auf Demos. Elke zieht allein oder mit ihren Kindern und Enkeln los. Bis zu jenem Tag im letzten Juni, als der Sonntagsspaziergang in Gorleben unerwartet zum Event wird: Nach der erfolgreichen Demo gegen den Kommissionsbericht in Berlin möchte der NDR nun in Gorleben filmen. Es braucht Traktoren. Lüder kann nicht Nein sagen, steigt zum ersten Mal wieder auf einen mit Wendlandfahnen geschmückten Schlepper, umkreist mit anderen das Zwischenlager und ist wieder voll mit dabei. Hinter ihm fährt seine Frau Elke auf dem zweiten Traktor. Und die Enkelkinder? Die sind auf beide Trecker verteilt.

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) betrieben, die zu 98 Prozent den vier großen Energiekonzernen gehört. Es befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und beherbergt:

- ▶ Das **Fasslager** zur Lagerung von schwach und mittel aktivem Müll. Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische Gebinde angeliefert.
- ▶ Die oberirdische **Castorhalle** hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- ▶ In der **Pilotkonditionierungsanlage** (PKA) soll getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Auch schadhafte Behälter könnten in der PKA repariert werden. Bislang ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- ▶ Das **Bergwerk** wurde größer aufgefahnen, als für die Erkundung nötig. Kritiker befürchten, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!



Flagge zeigen auf dem Christopher-Street-Day in Hamburg

Beim Stichwort „Christopher Street Day“ fallen einem Bilder bunter Paraden schwuler und lesbischer Singles und Paare in Hamburg oder Berlin ein. Genau dazwischen – in geographischem wie kalendarischem Sinne – findet seit einigen Jahren im wendländischen Salderaten der wahrscheinlich kleinste CSD Deutschlands statt. Während sich die Organisator/-innen größerer Demonstrationen zum Christopher-Street-Day schon vor 15 Jahren in einer Kooperation zusammengeschlossen haben, sind auf dem Herbsttreffen in Hannover im vergangenen Oktober mit dem CSD Wendland die wohl kleinste CSD-

Demonstration und mit dem Berliner CSD e.V. auch die größte Veranstaltung der Kooperative beigetreten. Ziel war dabei die gegenseitige Hilfe und Unterstützung bei der Durchführung, der Erfahrungsaustausch und das Bündeln der Kräfte im Hinblick auf das gemeinsame Anliegen.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e.V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Aufruf

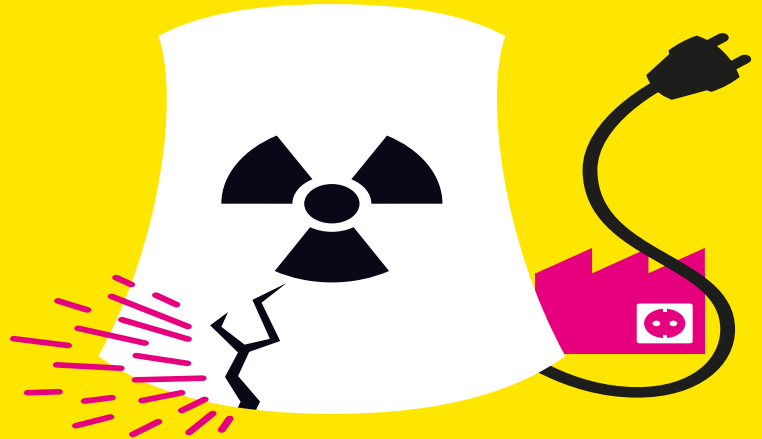
Herbstkampagne der BI

Zusammen mit dem Reisebus
nach Lingen!

Infos, Zeiten, Preise
demnäXt auf der BI-Webseite
und im BI-Büro.

Was zählt an der Bewegung,
ist die Bewegung!

Wir zählen auf Euch!



ATOMKRAFT JETZT DEN SAFT ABDREHEN!

URANFABRIKEN SCHLIESSEN!

DEMONSTRATION IN LINGEN

13 UHR, BAHNHOF LINGEN
ABSCHLUSS AM ALTEN RATHAUS

29.10.

www.lingen-demo.de

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familien: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

regelmäßig einmal im Jahr EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

